

---

FDP Main-Kinzig

## **FDP-KREISTAGSFRAKTION IRRITIERT: BEZAHLKARTE FÜR GEFLÜCHTETE IM MAIN- KINZIG-KREIS WEITERHIN NICHT EINSATZFÄHIG**

05.12.2025

---

Die FDP-Kreistagsfraktion des Main-Kinzig-Kreises zeigt sich angesichts der anhaltenden Verzögerungen bei der Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete im Main-Kinzig-Kreis deutlich irritiert. Während die Hessische Landesregierung die Einführung der Bezahlkarte [bereits seit Ende 2024 als abgeschlossen betrachtet](#), ist der praktische Einsatz im Kreis weiterhin nicht möglich. Doch woran liegt das?

### **Es fehlt die „Anbindung“**

Aus der [Antwort des Kreisausschusses \(Vorlage KA\\_AF/0231/2025\)](#) auf eine [Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion](#) geht eindeutig hervor, dass der Hersteller des im Kreis eingesetzten Fachverfahrens (Prosoz/OPEN) bislang keine funktionierende Anbindung an das Bezahlkartensystem bereitgestellt hat.

### **Benutzen geht, nur aufladen nicht**

Das führt zu der paradoxen Situation, dass Geflüchtete, die im zentralen Aufnahmезentrum in Gießen mit der Bezahlkarte ausgestattet wurden, diese im Main-Kinzig-Kreis zwar entladen, aber nicht wieder aufladen können. Gleichzeitig sieht sich die Verwaltung gezwungen, weiterhin mit Bargeld zu hantieren, da der personelle Aufwand für das Aufladen der rund 2.800 im Umlauf befindlichen Bezahlkarten nicht zu stemmen ist.

### **Auch andere Kreise und Kommunen sind nicht im Zeitplan**

Bereits im Frühjahr 2025 hatte die FDP-Landtagsfraktion in Wiesbaden gewarnt, [dass die landesweite Einführung „in weiter Ferne“ liege](#). In Medienberichten wurde

wiederholt darauf hingewiesen, dass [viele Kommunen in Hessen erheblich hinter dem Zeitplan zurückliegen](#).

Prof. Dr. Joachim Fetzer, Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion, fasst die Situation wie folgt zusammen:

„Wir stehen hier vor dem absurden Zustand, dass das Land die Einführung der Bezahlkarte als erledigt verkündet, während im Main-Kinzig-Kreis faktisch nichts funktioniert. Die Betroffenen haben die Karte – aber sie kann nicht genutzt werden. Das ist weder verwaltungspraktisch sinnvoll noch politisch nachvollziehbar.“

Die FDP-Kreistagsfraktion hatte über die förmliche Anfrage in der jüngsten Kreistagssitzung versucht, Transparenz über die anhaltenden Verzögerungen herzustellen und den aktuellen Sachstand offenzulegen. Ob und wann sich beim Thema Bezahlkarte im Main-Kinzig-Kreis etwas tut, bleibt abzuwarten.